

Postfach 269 | CH-8320 Fehraltorf

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3000 Bern

I/Zeichen	Ff
U/Zeichen	
Direktwahl	+41 44 956 11 72
E-Mail	alfred.furrer@electrosuisse.ch
Datum	19.03.2015

Strategie Stromnetze / Vernehmlassungsverfahren TK 11 Freileitungen CES/ Electrosuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit vorliegendem Schreiben erhalten Sie unsere Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Strategie Stromnetze. Als nationales Normierungsgremium ist das TK 11 ganz besonders auf gute Rahmenbedingungen und Abläufe für eine bedarfsgerechte Netzentwicklung angewiesen. Wir danken Ihnen daher für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Strategie Stromnetze.

Um den notwendigen Netzbau erfolgreich und effizient realisieren zu können, sollte die Dauer vom Projektbeginn bis zum Bau einer Übertragungsleitung maximal 6 Jahre betragen. Die beabsichtigten Gesetzesanpassungen im Rahmen der Strategie Stromnetze stellen einen wesentlichen Schritt dar, um dieses Ziel zu erreichen. Das TK 11 begrüsst ganz besonders, dass dem Übertragungsnetz auf Stufe Gesetz nationales Interesse beigemessen und den Interessen des Natur- und Heimatschutzgesetzes bei einer Abwägung gleichgestellt wird. Eine weitere Optimierung und Beschleunigung des gesamten Prozesses ist auch nach einer Implementierung der beabsichtigten Massnahmen weiterhin anzustreben.

Mit dem beabsichtigten Netzentwicklungsprozess gemäss StromVG Art. 9a - 9f ist das TK 11 im Grundsatz einverstanden. An diversen Stellen sieht das Komitee aber Präzisierungsbedarf. Insbesondere erwartet TK 11 aufgrund ihrer Kompetenzen und Verantwortung, an der Erarbeitung vollumfänglich und durchgehend involviert zu werden. Die Rollenverteilung – insbesondere zwischen BFE und den Netzbetreibern – ist entsprechend gemeinsam zu erarbeiten. Das TK 11 lehnt ausserdem eine Kostentragung für Leistungen der Bundesverwaltung und der Kantone gemäss EleG Art. 3^{bis} klar ab.

Die Schaffung einer Geodatenbank beim BFE mit einer Gesamtsicht aller elektrischen Anlagen wird vom TK 11 ebenfalls abgelehnt. Namentlich die Veröffentlichung solcher Daten widerspricht prinzipiell dem Gedanken des Schutzes kritischer Infrastrukturen.

Die vorliegende Stellungnahme orientiert sich an den Gesetzesentwürfen. Kernpunkte zu den Bewilligungsverfahren und dem Netzentwicklungsprozess sowie allgemeine Anliegen werden in Abschnitt 1 behandelt. In den Abschnitten 2 und 3 befinden sich die Änderungsanträge. Verweise auf Leitfragen des BFE sind in Klammern gesetzt.

1. Kernpunkte und Allgemeine Anliegen

1.1. Beschleunigung der Bewilligungsverfahren

Nationales Interesse des Übertragungsnetzes (EleG Art. 15 Abs. 2)

Für das TK 11 ist die Verankerung des nationalen Interesses der Anlagen des Übertragungsnetzes und damit ihre Gleichstellung insb. mit den Interessen des Natur- und Heimatschutzes bei einer Abwägung von zentraler Bedeutung (*Leitfrage 12*). Der heutige gesetzliche Rahmen genügt nicht, um den wachsenden Herausforderungen an ein modernes und effektives Übertragungsnetz begegnen zu können. Als zentrales Element der Elektrizitätsversorgung ist dem Übertragungsnetz eine nationale Bedeutung beizumessen (vergleichbar dem strategischen Netz, das vom Bundesrat 2009 verabschiedet wurde).

Sachplanverfahren (EleG Abschnitt IIIa. Sachplanverfahren)

Das TK 11 begrüsst das neu auf Gesetzesstufe geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (*Leitfragen 13 und 14*) und die darin vorgesehene Festlegung eines Planungskorridors sowie der anzuwendenden Übertragungstechnologie. Die festgehaltene Verfahrensdauer von 2 Jahren entspricht einem zentralen Anliegen des TK 11 im Rahmen der Strategie Stromnetze. Im Interesse einer nachhaltigen, sicheren und effizienten Stromversorgung soll sich dabei konstruktives, zielorientiertes Verhalten lohnen. Verzögerungen sollten soweit möglich frühzeitig erkannt und begegnet werden können. Eine Grundvoraussetzung für diesen gesamthaften Nutzen ist indes, dass Sachpläne des Bundes den Richtplänen der Kantone vorgehen – wie dies in der beabsichtigten zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes vorgesehen ist¹.

Das TK 11 begrüsst auch die gesetzliche Verankerung der Begleitgruppen im Sachplanverfahren. Damit können Anliegen und Interessen der Betroffenen frühzeitig in die Planung eingebracht und berücksichtigt werden. Aufgrund dieser frühen und breiten Abstimmung soll – wie im Begleitbericht beschrieben – ein Rückkommen auf aus dem Verfahren ausgeschlossene Planungsgebiete, Planungskorridore oder Übertragungstechnologien zu einem späteren Zeitpunkt ausgeschlossen werden. Nur wenn dies gelingt und die Festsetzungen von Planungskorridor und Übertragungstechnologie durch die Gerichte anerkannt werden, erfüllt das Sachplanverfahren seinen Zweck. Andernfalls hätte das Sachplanverfahren keine beschleunigende, sondern gegenteils eine verzögernde Wirkung und müsste grundsätzlich hinterfragt bzw. entweder gestrichen oder im Sinne unserer früheren Vorschläge justiziabel d.h. für Gerichte verbindlich ausgestaltet werden.

Die Zusammensetzung und die „Grundsätze der Zusammenarbeit“ der Begleitgruppe sind in der ausführenden Verordnung festzulegen. Mit Verweis auf EleG Art. 15i ist auch die Anwendung des Bewertungsschemas für Übertragungsleitungen zu präzisieren. Solche allgemein festgelegten Kriterien schaffen transparente Planungsgrundlagen und können zur Etablierung eines klaren und nachvollziehbaren „Standards“ in der Rechtsprechung beitragen.

Plangenehmigungsverfahren (EleG Abschnitt IIIb. Plangenehmigungsverfahren)

Das TK 11 hat die Möglichkeit von verwaltungsexternen „Verfahrenskoordinatoren“ in ihrer Stellungnahme vom 25. Februar 2013 thematisiert und begrüsst entsprechend deren Aufnahme. Die Beauftragung einer verwaltungsexternen Person kann dazu beitragen, konkrete Plangenehmigungsverfahren zu beschleunigen (*Leitfrage 17*). Im Vordergrund steht die Einhaltung der in der Energiestrategie 2050 (EleG Art. 16 Abs. 5) beabsichtigten Zeitlimes von 2 Jahren für das

¹ Entwurf des Raumplanungsgesetz Art. 13 Abs. 3.

Plangenehmigungsverfahren. So kann der Verfahrenskoordinator die Einhaltung von verbindlichen Terminen prüfen und bei Bedarf eingreifen, um die Einhaltung zu gewährleisten.

Hinsichtlich *Leitfrage 15*, erachtet das TK 11 eine „Intensivierung“ der Zusammenarbeit von ESTI und BFE für zielführender als eine erstinstanzliche Zuständigkeit des BFE. Die Netzbetreiber müssen auch in kleineren Fällen ein Plangenehmigungsverfahren einleiten (z.B. Auswechseln Erdseil, Kettenersatz etc.), weshalb die erstinstanzliche Zuständigkeit des ESTI nach wie vor zweckmässig erscheint. Die sicherheitstechnische Prüfung der Unterlagen hat in jedem Fall durch das ESTI zu erfolgen.

Der Prozess kann durch eine rasche Übergabe der Dossiers „grosser Verfahren“ eher beschleunigt werden. Das BFE soll bei diesen frühzeitig, durch einen direkten Einbezug im Rahmen des ESTI-Verfahrens (bspw. durch Teilnahme des BFE-Sachbearbeiters an Einspracheverhandlungen) involviert werden. Bei einer Überweisung der Sache ans BFE ist der Sachverhalt dann bereits bekannt, so dass auf ein nochmaliges Einspracheverfahren vor dem BFE auf Antrag der Parteien verzichtet und direkt entschieden werden kann.

Das TK 11 unterstützt das NOVA-Prinzip (StromVG Art. 9d Abs. 2)

Das TK 11 unterstützt das NOVA-Prinzip klar und begrüsst dessen gesetzliche Verankerung (Art. 9d Abs. 2 sowie *Leitfrage 4*). Dieses Prinzip soll bei Planungen konsequent umgesetzt werden.

Das TK 11 möchte an dieser Stelle festhalten, dass neben dem NOVA-Prinzip weitere, marktbezogene Massnahmen (Redispatch von Kraftwerken, Einspeisemanagement von Energieerzeugungsanlagen etc.) helfen können, die Netzsicherheit kurzfristig positiv zu beeinflussen. Entsprechende Massnahmen tragen allerdings nicht zur bedarfsgerechten, perspektivischen Netzentwicklung bei und dürfen daher in der mittel- bis langfristigen Netzplanung nicht berücksichtigt werden.

Das TK 11 begrüsst die Anrechenbarkeit von Kosten (StromVG Art. 15 Abs. 2)

Mit der gesetzlichen Anrechenbarkeit von projektspezifischen Kosten für Informationsmassnahmen, sowie für Vorsorge-, Schutz- Wiederherstellungs- und Ersatzmassnahmen (StromVG Art. 15 Abs. 2) wird Rechtssicherheit bei bisher umstrittenen Kosten geschaffen (*Leitfrage 23*).

1.2. Netzentwicklungsprozess

Szenariorahmen (StromVG Art. 9a)

Das TK 11 ist im Grundsatz einverstanden, dass ein vom BFE erstellter Szenario Rahmen künftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung gilt (*Leitfrage 1*). Damit wird eine einheitliche Planungsgrundlage geschaffen. Das TK 11 begrüsst insbesondere den Hinweis auf die „Berücksichtigung des internationalen Umfelds“. Im Sinne der Versorgungssicherheit benötigt die Schweiz eine international koordinierte Politik im Energiebereich und das entsprechende Engagement des Bundes. Neben der technischen Entwicklung und der Zusammenarbeit ist zudem die Entwicklung zukunftsgerichteter Marktmodelle zu fördern. Dazu gehören insbesondere die gemeinsame Netzausbauplanung, die systematische Anbindung an die Strommärkte sowie der internationale Datenaustausch und die Marktintegration erneuerbarer Energien.

Das TK 11 unterstützt eine Periodizität von vier statt fünf Jahren für den Szenariorahmen (vgl. Antrag 11). Damit soll insbesondere die Berücksichtigung der europäischen Planungen und Entwicklungen² erleichtert werden.

Die Anwendbarkeit des Szenariorahmens für die Erstellung der Mehrjahrespläne muss gewährleistet sein. Allfällige Unvereinbarkeiten zwischen den Inhalten des Szenariorahmens und den Anforderungen der Mehrjahrespläne könnten erhebliche Mehraufwände verursachen und die Erfüllung der Aufgaben der Netzgesellschaft tangieren.

Das TK 11 unterstützt, dass zur Schaffung eines verlässlichen Szenariorahmens die Einführung einer obligatorischen Verbrauchsprognose durch alle Verteilnetze geprüft werden soll. Diese Verbrauchsprognosen helfen unter anderem mit, Investitionen auf dem Netz zu rationalisieren.

Mehrjahrespläne

Das TK 11 ist im Grundsatz mit der Entwicklung der Mehrjahrespläne nach StromVG Art. 9b einverstanden. Deren Inhalt gemäss Abs. 2 bzw. den Erläuterungen des Begleitberichts entspricht im Grundsatz dem «Kriterienkatalog» der Mehrjahrespläne. Prinzipiell anzumerken ist, dass die Anforderungen an die Mehrjahrespläne nicht die Gestaltungsmöglichkeiten im nachfolgenden Sachplanverfahren (gemäss IIIa. Sachplanverfahren) einschränken dürfen. Das Sachplanverfahren mit Beteiligung der Betroffenen (Stichwort Begleitgruppe) hat sich bewährt. Eine allfällige „Vorwegnahme“ von Gestaltungsräumen könnte dies unterminieren und sich damit negativ auf die Glaubwürdigkeit und den Zeitplan der Bewilligungsverfahren auswirken.

Hinsichtlich der Periodizität und der „Prüfung“ der Mehrjahrespläne durch die ElCom beantragt das TK 11 Anpassungen und Präzisierungen.

Laut Gesetzesentwurf und Begleitbericht (insb. S.60) sind Mehrjahrespläne in der Regel alle fünf Jahre zu erstellen. Das TK 11 erachtet eine höhere Periodizität bei der Mehrjahresplanung für gerechtfertigt, weshalb StromVG Art. 9b Abs. 1 diesbezüglich offener zu formulieren ist (vgl. Antrag 11). Die Mehrjahresplanung muss neuere Entwicklungen berücksichtigen können, auch wenn diese eine Anpassung des Szenariorahmens nicht rechtfertigen. Damit wird auch eine Abstimmung mit den Arbeiten erleichtert. Dies ist im Sinne von StromVG Art. 20 Abs. 2 Bst. f.

Das TK 11 ist mit der schriftlichen Stellungnahme zu den Mehrjahresplänen seitens ElCom einverstanden (*Leitfrage 9*). Mit der (positiven) „Prüfung“ der Mehrjahrespläne durch die ElCom.

soll der grundsätzliche Bedarf der darin enthaltenen Netzprojekte belegt sein, so dass diesbezüglich keine ex-post-Prüfung durch die ElCom mehr stattfinden darf. Dies ist im Gesetzesentwurf zu ergänzen. Damit wird die Investitionssicherheit gestärkt und das Risiko allfälliger Investitionshemmnisse reduziert. Die Details sind in der Stromversorgungsverordnung (StromVV) zu regeln. Im Rahmen der ex-post stattfindenden Kostenprüfung wäre demzufolge nur noch eine allfällige Prüfung der effizienten Realisierung der Massnahmen möglich. Eine Frist für die Einreichung der Mehrjahrespläne nach Abschluss des Szenariorahmens ist nicht zweckdienlich (vgl. vorherigen Absatz). Hingegen erachtet das TK 11 die vorgesehene Frist von 9 Monaten für die Prüfung durch die ElCom für angemessen (*Leitfragen 10 und 11*).

Kostentragung (gemäss EleG Art. 3^{bis} und StromVG Art. 9f)

Das TK 11 erachtet es als sinnvoll, dass das BFE die Kommunikation zur grundlegenden Bedeutung der Netzinfrastruktur, bzw. der Netzentwicklung wahrnimmt und die Vernehmlassung des gemeinsam erarbeiteten Szenariorahmens durchführt (*Leitfrage 25*). Damit wird die Glaubwürdigkeit der kommunizierten Inhalte gestärkt. Eine integrierte, zielgruppengerechte Kommunikation

² Die europäischen Planung, d.h. der Ten-Year-Network-Development-Plan wird alle zwei Jahre erstellt.

unter Einbezug aller Stakeholder kann einen wirkungsvollen Beitrag zur Erhöhung der Akzeptanz leisten und ermöglicht damit eine nachhaltigere und wirtschaftlichere Umsetzung. Als Kostenträgerin im Sinne von StromVG Art. 20 Abs. 2 Bst. h, erwarten die Vertreter der Netzbetreiber direkt und fortlaufend am Erarbeitungsprozess der für sie relevanten öffentlichkeitswirksamen Kommunikation beteiligt zu werden. Zu optimieren ist die Koordination der Beteiligten und die damit verbundenen Aufwände zur Gewährleistung einer konsistenten und kosteneffizienten Kommunikation der Netzentwicklung.

Das TK 11 begrüsst eine stärkere und auch frühzeitigere Einbindung der Kantone in die Netzkommunikation. Dies bietet die Chance, Projekte in einem grösseren Kontext darzustellen, eingebettet in die gesamte Raum- und Infrastrukturplanung eines Kantons. Damit lassen sich das Verständnis und die Akzeptanz von Netzbauvorhaben steigern. Zur Gewährleistung einer konsistenten Kommunikation – insbesondere bei Vorhaben, welche mehrere Kantone betreffen - ist diese gemeinsam mit den betroffenen Netzbetreibern wahrzunehmen. Die Vertreter der Netzbetreiber erwarten dabei, dass die sich für sie – gemäss StromVG Art.20 Abs. 2 Bst. h – ergebenden Aufwände als anrechenbare Kosten gelten.

Für die Vertreter der Netzbetreiber ist nicht nachvollziehbar, dass gemäss StromVG 9f Abs. 2 der Bund mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen treffen kann, jedoch gemäss EleG Art. 3^{bis} Abs. 2 die Kosten auf das Netz abgewälzt werden sollen. Leistungsvereinbarungen und die sich ergebenden Kosten sind gekoppelt, d.h. zwischen Bund und Kantonen zu vereinbaren und auch zu tragen.

2. Änderungsanträge EleG

1. **Antrag:** Änderung von Art. 3^{bis} Abs. 1 und Streichung von Abs. 2

¹ Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Erhebung von angemessenen Gebühren für Verfügungen, Kontrollen und Dienstleistungen ~~der Bundesverwaltung und des Eidgenössischen Starkstrominspektorates (Inspektorat).~~

² ~~Der Bund erhebt von den Netzbetreibern angemessene Gebühren für erhebliche Leistungen, welche die Kantone gemäss den Leistungsvereinbarungen nach Artikel 9f Absatz 2 des Stromversorgungsgesetzes⁴ erbringen.~~

Begründung:

Abs. 1: Grundsätzlich fehlt heute lediglich eine ausreichende gesetzliche Grundlage für die Gebührenerhebung durch das ESTI, die mit Art. 3^{bis} geschaffen wird, was zu begrüssen ist. Die Kompetenz der Bundesverwaltung, Gebühren zu erheben, ist einerseits in der allgemeinen Gebührenverordnung vom 8. September 2004 (SR 172.041.1), andererseits in der Verordnung über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich vom 22. November 2006 (SR 730.05) verankert. Die Erwähnung der Bundesverwaltung in Absatz 1 ist daher unnötig.

Abs. 2: Das TK 11 lehnt eine Kostentragung für allfällige Leistungen der Kantone ab. Die Netzbetreiber hätten weder eine Beeinflussungs- noch Kontrollmöglichkeit dieser Kosten. Diese wären nicht planbar und würden die Tarifplanung erschweren. Andererseits würde sich die Frage stellen, wie für die Kostenverursacher ein Anreiz auf Kosteneffizienz geschaffen werden kann – und wer die Angemessenheit dieser Kosten zu prüfen bzw. freizugeben hätte. Es sollte vermieden werden, dass Netzbetreiber im Rahmen ihrer Kostenüberprüfung durch die ElCom diese Kosten begründen müsste.

Wird Art. 9f Abs. 2 StromVG wie beantragt gestrichen, hat dieser Absatz ohnehin keine Grundlage mehr.

2. Antrag: Änderung von Art. 15b

¹ Eine neue Leitung des Übertragungsnetzes ist **in der Regel** kann als Freileitung oder **ausnahmsweise** als Erdkabel **zu erstellen**~~erstellt werden~~.

² Die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 kann auf Antrag des Betreibers des Übertragungsnetzes **und mit Zustimmung der Betreiber des Verteilnetzes** anordnen, dass die gestützt auf die Umweltschutzgesetzgebung einschliesslich der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung vorzunehmenden Ersatzmassnahmen im Verteilnetz ausgeführt werden, **in der Regel** innerhalb des betreffenden Planungsgebietes.

³ Die betroffenen Betreiber von Verteilnetzen führen die Ersatzmassnahmen aus; sie werden dafür vom Übertragungsnetzbetreiber voll entschädigt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, **namentlich die Anrechnung allfälliger Vorteile der Betreiber der Verteilnetze**.

Begründung:

Abs. 1: Leitungen des Übertragungsnetzes werden weiterhin weitgehend als Freileitungen ausgeführt und nur ausnahmsweise als Erdkabel. Verkabelungen auf dieser Spannungsebene verursachen hohe Kosten (Mehrkostenfaktor 4 und höher) und sind daher meist als unverhältnismässig anzusehen. Zudem verlaufen viele Trassen im Gebirge oder tangieren Landschaften, in welchen eine Verkabelung aus Gründen des Natur- oder Umweltschutzes nicht möglich ist.

Abs. 2: Das beabsichtigte Vorgehen ist grundsätzlich zielführend und wird vom TK 11 unterstützt (*Leitfrage 18*). Für die Vornahme allfälliger Ersatzmassnahmen ist jedoch die Zustimmung des betroffenen Netzeigentümers einzuholen bevor die Massnahmen angeordnet werden. Gegen den Willen des Verteilnetzbetreibers angeordnete Massnahmen würden dessen Eigentumsrechte verletzen und sind daher abzulehnen. Wenn innerhalb des fraglichen Planungsgebietes die Ersatzmassnahmen nicht möglich sind, sollen sie ausnahmsweise auch andernorts realisiert werden dürfen. Weil die Bauherrschaft für diese Massnahmen bei den Betreibern der Verteilnetze liegt, sind diese auch zuständig, um den Mehrkostenfaktor zu bestimmen.

Abs. 3: Die volle Entschädigung ist im Sinne des Bundesgesetzes über die Enteignung (EntG) zu verstehen: der betroffene Betreiber von Verteilnetzen soll so gestellt werden, dass er durch die Ersatzmassnahme finanziell weder Vor- noch Nachteile erleidet.

3. Antrag: Änderung von Art. 15c Abs. 1, Streichung von Art. 15c Abs. 3 und 4

¹ Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, **wesentlich** erneuert oder **wesentlich** ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch **und betrieblich** möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung **im jeweiligen Abschnitt** einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigen.

...

~~³ Der Bundesrat kann vorsehen, dass auch bei einer Überschreitung des Mehrkostenfaktors eine teilweise oder vollständige Erdverkabelung vorgenommen werden muss, wenn damit eine erhebliche Entlastung des unmittelbar betroffenen Gebiets erzielt werden kann.~~

~~⁴ Er kann vorsehen, dass trotz Einhaltung oder Unterschreitung des Mehrkostenfaktors teilweise oder vollständig auf eine Erdverkabelung verzichtet werden kann, wenn dadurch insgesamt weniger Nachteile für Raum und Umwelt entstehen.~~

Begründung:

Abs. 1: Nicht jede geringfügige Erneuerung oder Änderung einer Leitung soll dazu führen, dass eine Kabelstudie erstellt und der Mehrkostenfaktor bestimmt werden muss, sondern nur wesentliche Erneuerungen oder Änderungen. Damit wird dem NOVA-Prinzip entsprochen, welches Optimierungen vor einer Verstärkung oder einem Ausbau von Netzen den Vorzug gibt. Direkt aus dem Gesetz hat sich auch zu ergeben, dass für die Berechnung des Mehrkostenfaktors nur der jeweils zur Diskussion stehende Leitungsabschnitt heranzuziehen ist und nicht etwa die gesamte zu erneuernde bzw. neu zu bauende Leitung. Dies entspricht der bisherigen Praxis (Beispiel Riniken).

Abs. 3 und 4: Der Mehrkostenfaktor, den die Verteilnetzbetreiber errechnen müssen und der Grundlage eines Projekts bilden soll, das im Plangenehmigungsverfahren geprüft wird, darf aus Gründen der Planungssicherheit nicht mit Ausnahmebestimmungen relativiert werden. Sonst besteht die Gefahr, dass Einsprecher gestützt auf die Ausnahmebestimmungen zusätzliche Verkabelungen verlangen oder dass die ElCom im Rahmen einer Ex-post-Prüfung eines Vorhabens die Zusatzkosten einer Verkabelung nicht anerkennt. Die Absätze 3 und 4 sind daher zu streichen.

4. Antrag: Änderung von Art. 15d Abs. 4

⁴ Hat die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 über die Bewilligung des Baus, der Erweiterung oder Erneuerung einer Anlage nach Absatz 2 oder 3 zu entscheiden, so ist das nationale Interesse an der Realisierung dieser Vorhaben bei der Interessenabwägung als ~~grundsätzlich~~ gleichrangig zu betrachten mit anderen nationalen Interessen. Bei einem Objekt in einem Inventar nach Artikel 5 NHG darf ein Abweichen von der ungeschmälernten Erhaltung in Erwägung gezogen werden.

Begründung:

Der Begriff „grundsätzlich“ schafft unnötigen Auslegungsspielraum und kann ggf. als im Widerspruch zu dem in Absatz 2 festgehaltenen Prinzip wahrgenommen werden.

5. Antrag: Änderung von Art. 15e Abs. 1

¹ Vorhaben **des Übertragungsnetzes**, die sich erheblich auf Raum und Umwelt auswirken, müssen in einem Sachplan nach dem Raumplanungsgesetz vom 22. Juni 1997 festgesetzt werden.

Begründung:

Nach geltendem Recht sind nur Vorhaben der Netzebene 1 sachplanpflichtig. Daran soll sich nach dem erläuternden Bericht auch nichts ändern, weshalb diese Einschränkung im Gesetz auch so festzuhalten ist.

6. Antrag: Änderung von Art. 15f Abs. 3

³ Der Sachplan ist ~~in der Regel~~ innert zwei Jahren zu erarbeiten. Der Bundesrat setzt für die einzelnen Verfahrensschritte Fristen fest.

Begründung:

Das TK 11 begrüsst ausdrücklich die gesetzliche Verfahrensdauer von 2 Jahren. Diese entspricht einer ihrer zentralen Forderung im Rahmen der Strategie Stromnetze. In Kombination mit der vorgesehenen Anpassung von Art. 16 Abs. 5 EleG im Rahmen der Energiestrategie 2050 ist eine Verfahrensdauer von +/- 6 Jahren möglich. Die Formulierung „in der Regel“ schafft jedoch unnötigen Auslegungsspielraum und lässt insbesondere offen, wann und wie davon abgewichen werden kann. Dies kann eine potentiell kontraproduktive Signalwirkung verursachen und ist deshalb abzulehnen bzw. zu streichen. Das TK 11 erwartet, dass von der Frist von 2 Jahren nur in klar begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden kann.

7. **Antrag:** Ergänzung von Art. 16 mit neuen Absätzen 8 und 9

⁸ **Der Bundesrat kann Änderungen elektrischer Anlagen, die das äussere Erscheinungsbild nicht verändern, keine schutzwürdigen Interessen Dritter berühren und sich auf Raum und Umwelt nur unmerklich auswirken, von der Plangenehmigungspflicht befreien oder bestimmte Verfahrenserleichterungen vorsehen.**

⁹ **Können abgelaufene Dienstbarkeiten nicht erneuert werden, so sind die entsprechenden Rechte im Verfahren nach Enteignungsrecht zu erwerben, sofern die betroffene Anlage baulich nicht verändert wird.**

Begründung:

Abs. 8: In Art. 17 EleG ist das vereinfachte Verfahren vorgesehen für Änderungen elektrischer Anlagen, welche örtlich begrenzt sind und nur wenige, eindeutig bestimmbare Personen betreffen. In Art. 9a VPeA werden die Instandhaltungsarbeiten von der Plangenehmigungspflicht ausgenommen, wobei dies beim Ersatz von Teilen nur einen 1:1-Ersatz umfasst. Aus Gründen der Sicherheit und Effizienz (z.B. Einbau von Doppelabspannketten oder von verlustoptimierten Bündelleitern) sollten auch weitergehende Arbeiten von der Plangenehmigungspflicht ausgenommen werden, wenn keine schutzwürdigen Interessen von Dritten tangiert werden und die Massnahmen sich nur unmerklich auf Raum und Umwelt auswirken.

Abs. 9: Nach dem BGE vom 4. Februar 2012 iS. 1C_424/2011 sollen abgelaufene Dienstbarkeiten für elektrische Leitungen im Plangenehmigungsverfahren enteignet werden, wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Weil ein Plangenehmigungsverfahren nur dann sinnvoll erscheint, wenn es tatsächlich Pläne zu genehmigen gibt, eine Leitung also baulich verändert wird, ist durch den Gesetzgeber klar zu stellen, dass bei abgelaufenen Dienstbarkeiten, die vertraglich nicht erneuert werden können, die Rechte im Verfahren nach Enteignungsrecht zu erwerben sind.

8. **Antrag:** Änderung von Art. 16g Abs. 2

² Die **nach Bundesrecht anzuhörenden** Kommissionen ~~nach Art. 25 NHG~~ reichen ihre Gutachten **oder Stellungnahmen** innert dreier Monate nach der Aufforderung durch die Genehmigungsbehörde bei dieser ein.

Begründung:

Neben den in Art. 25 NHG erwähnten Kommissionen sind unter Umständen auch weitere Kommissionen des Bundes anzuhören, weshalb das Gesetz offener formuliert werden sollte.

9. **Antrag:** Änderung von Art. 18a Abs. 1 Satz 2

¹ Die Projektierungszonen können für eine Dauer von längstens fünf Jahren festgesetzt werden. Die Geltungsdauer kann um ~~höchstens~~ **jeweils** drei Jahre verlängert werden.

Begründung:

Das TK 11 begrüsst die Festlegung von Projektierungszonen und von Baulinien gemäss Art. 18a - 18d EleG (*Leitfrage 16*). Dadurch können für bestehende Planzonen die Trassen zuverlässig gesichert, d.h. es kann vermieden werden, dass diese Zonen während der Verfahrensdauer anderweitig genutzt werden können. Die Projektierungszonen sollen dabei nicht nur einmal, sondern mehrmals verlängert werden können.

10. Antrag: Streichung von Art. 26a

¹ ~~Die Betriebsinhaber dokumentieren ihre elektrischen Anlagen in Form von Geodaten und stellen die Geodaten dem BFE zu.~~

² ~~Das BFE erstellt eine Gesamtsicht und stellt diese der Öffentlichkeit zur Verfügung.~~

³ ~~Es kann den Umfang und die Anforderungen an die Dokumentation der zu erhebenden Daten bestimmen.~~

Begründung:

Gestützt auf das Geoinformationsrecht bestehen bereits heute eine Pflicht zur digitalen Führung von Plänen (Geodaten) sowie Vorschriften zur Verwendung der Daten. Die Pflicht zur Dokumentation der Anlagen ist zudem in der Leitungs- und in der Starkstromverordnung verankert, weshalb keine zusätzlichen Normen erforderlich sind. Die vom BFE vorgesehene Datensammlung verursacht den Netzbetreibern – insbesondere der unteren Netzebenen - einen erheblichen Aufwand, ohne dass ein vergleichbarer Nutzen für die Öffentlichkeit erkennbar wäre.

Eine Gesamtsicht aller elektrischen Anlagen gemäss EleG Art. 26a stellt eine neue Stufe des Detaillierungsgrads (Darstellung aller Netzebenen) dar und wird vom TK 11 abgelehnt (*Leitfrage* 26). Eine Veröffentlichung der Daten nach Abs. 2 widerspricht prinzipiell dem Gedanken des Schutzes kritischer Infrastrukturen. Vorhandene Pläne dürfen deshalb nur sehr beschränkt öffentlich gemacht werden (vgl. LeV Art. 62). Anhand der Daten können mit geringem Aufwand potentiell kritische Infrastrukturelemente identifiziert und lokalisiert werden. Bei einer Weitergabe und Veröffentlichung der Geodaten hätte die Branche weder eine Übersicht noch eine Kontrolle darüber, von wem die Daten zu welchem Zweck verwendet werden.

Einzelne Anlagen werden bereits heute verschiedentlich erfasst (bspw. Freileitungen des Übertragungsnetzes durch Swisstopo, Infrastrukturanlagen in Googlemaps). Aus Sicht der Anlagensicherheit, sind bereits diese Veröffentlichungen problematisch. Andere Anlagen (bspw. Unterirdische Kabelführungen) sind bisher kaum erkennbar bzw. öffentlich verfügbar. Sowohl Technologien als auch Schutz- und Sicherheitsanforderungen können sich im Laufe der Zeit ändern. Gesetzliche Regelungen, aus welchen sich nicht mehr rückgängig machbare, sicherheitsrelevante Folgen (z.B. Veröffentlichungen) ergeben, sind daher abzulehnen.

3. Änderungsanträge StromVG

11. Antrag: Änderung von Art. 9a Abs 1, 2 und 4

¹ Das Bundesamt für Energie (BFE) erstellt basierend auf den energiepolitischen Zielen des Bundes, den gesamt wirtschaftlichen Rahmendaten sowie unter Berücksichtigung des internationalen Umfelds einen Szenariorahmen als Grundlage für die **übergeordnete** Netzplanung. Dabei zieht es die Kantone, die nationale Netzgesellschaft, ~~die übrigen Netzbetreiber,~~ und weitere Betroffene **gemäss ihren Kompetenzen und ihrer Verantwortung** angemessen mit ein. ~~Diese stellen dem BFE die dafür erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung.~~

² Im Szenariorahmen sind mindestens drei Szenarien abzubilden, die für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ~~über alle Netzebenen~~ die Bandbreite wahrscheinlicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen aufzeigen. Gestützt auf das wahrscheinlichste der Szenarien ist mindestens ein Szenario für einen Zeitraum von weiteren zehn Jahren zu entwickeln.

...

⁴ Er muss periodisch ~~alle fünf~~ überprüft und nachgeführt werden. Der Bundesrat kann bei ausserordentlichen Entwicklungen anordnen, dass eine vorgezogene Nachführung des Szenariorahmens vorgenommen wird.

Begründung:

Abs. 1: Es ist angebracht, auf die bestehenden Rollen zwischen Bund und Kantonen abzustellen. Der Bund bzw. das BFE hat die nationalen Interessen wahrzunehmen und die entsprechenden Vorgaben (z.B. Anteil erneuerbarer Energien, Rolle von Grosskraftwerken, CO₂-Ziele...) zu erarbeiten. Die Verteilnetzbetreiber sollen für die Netzplanungen in den Kantonen und Gemeinden zuständig sein, so wie dies in StromVG Art. 9e treffend beschrieben wird. In diesem Sinn soll der Szenariorahmen nur die *übergeordnete* Netzplanung betreffen und nicht über alle Netzebenen verlaufen. Die Netzbetreiber erwarten, in die Erarbeitung – gemäss ihrer Kompetenz und Verantwortung - vollumfänglich und durchgehend involviert zu werden. (Details siehe Abschnitt 1.2).

Art. 25 StromVG verpflichtet die Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, den zuständigen Behörden die für den Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Eine zusätzliche Regelung ist nicht erforderlich. Die Netzbetreiber verfügen diesbezüglich über – voraussichtlich für den Szenariorahmen relevante - Daten, welche vertraglich nicht ohne Einverständnis der ursprünglichen Eigentümer weitergegeben werden dürfen. Betroffen sind u.a. Kraftwerksdaten. Die Erfüllung von Art. 25 StromVG darf diese vertraglichen Vereinbarungen nicht tangieren.

Abs. 4: Aus Sicht von TK 11 ist die Periodizität nicht im Gesetz, sondern in der Verordnung zu regeln (*Leitfrage 2*). Damit kann die für den Prozess erforderliche Flexibilität gewährleistet werden. Allgemein reduziert eine längere Periodizität – wie beispielsweise fünf Jahre – die langfristigen Aufwände. Sie kann aber wesentliche Wissensverluste zwischen den Perioden zur Folge haben. Die erforderlichen personellen Ressourcen müssten bei jedem Szenariorahmen und anschliessendem Mehrjahresplan von neuem auf- und abgebaut werden. Fünf Jahre sind nach Ansicht von TK 11 ein zu langer Zeitraum um die Entwicklungen im Energiebereich angemessen zu berücksichtigen und darauf reagieren zu können. Fünf Jahre sind ausserdem nicht kompatibel mit den europäischen Planungen (TYNDP) wodurch die „Berücksichtigung des internationalen Umfelds“ wesentlich erschwert wäre. Für die Netzbetreiber wäre es in diesem Fall schwierig, eine nachvollziehbare Argumentationslinie zu erarbeiten, sollte der aus dem Szenariorahmen erarbeitete Mehrjahresplan signifikant von übergeordneten Planungen abweichen (vgl. StromVG Art. 20 Abs. 2 Bst f). Das TK 11 beantragt deshalb eine Periodizität von vier statt fünf Jahren (*Leitfrage 3*).

12. Antrag: Änderung von Art. 9b

¹ ~~Die Netzbetreiber~~ **Betreiber des Übertragungsnetzes und des Verteilnetzes der Netzebene 3** erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten ~~Netze~~ **Entwicklungsplan (Mehrjahresplan)**. ~~und legen diesen innerhalb von neun Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der ElCom zur Prüfung vor.~~

² Der einzureichende Mehrjahresplan enthält folgende Angaben:

- a. Er beschreibt die vorgesehenen **Netzprojekte** und **begründet sie**. ~~legt dar, inwiefern sie wirksam angemessen sind~~
- b. Er weist aus, welche Netzausbaumassnahmen über die entsprechenden zehn Jahre hinaus vorgesehen sind.

^{2bis} **Die Netzbetreiber legen den Mehrjahresplan der ElCom zur Prüfung vor. Mit der Prüfung des Mehrjahresplans bestätigt die ElCom den Bedarf der darin dargestellten Netzprojekte und die grundsätzliche Anrechenbarkeit der entsprechenden Kosten.**

³ Der Bundesrat **regelt die Einzelheiten hinsichtlich der Angaben gemäss Absatz 2.**~~bestimmt, welche weiteren Angaben der Mehrjahresplan enthalten muss.~~ Er kann für Betreiber von Verteilnetzen Ausnahmen **und Erleichterungen** von der Pflicht zum Vorlegen eines Mehrjahresplanes vorsehen.

⁴ Die **jeweiligen Netzbetreiber** ~~nationale Netzgesellschaft~~ veröffentlichen die von der EICom geprüften Mehrjahrespläne. Sie werden nur soweit veröffentlicht, als:

- a. die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet wird;
- b. die aussenpolitischen Interessen oder die internationalen Beziehungen der Schweiz nicht beeinträchtigt werden;
- c. keine Berufs-, Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnisse offenbart werden Er muss alle ~~fünf~~ **vier** Jahre überprüft und nachgeführt werden.

Begründung:

Abs. 1: Im Sinne einer stufengerechten Planung und Umsetzung des Szenariorahmens ist es ausreichend, wenn die Betreiber des Übertragungsnetzes und des Verteilnetzes der Netzebene 3 eine Mehrjahresplanung erstellen, die der EICom zur Prüfung einzureichen ist. Die Erstellung von Mehrjahresplänen mit anschliessender Prüfung durch die EICom erachtet das TK 11 für die Betreiber der Netzebenen 5 und 7 als unverhältnismässig. Anzumerken ist, dass der „weitere Bedarf“ – neben den im Begleitbericht erwähnten Punkten – auch allfällige neue Entwicklungen in den Planungen des europäischen Übertragungsnetzes miteinzuschliessen hat.

Abs 2^{bis}: Die Pflicht zur Einreichung der Mehrjahrespläne ist in einen neuen Abs. 2^{bis} aufzunehmen, in dem auch zu präzisieren ist, was die Wirkung der Prüfung durch die EICom sein soll. Eine höhere Periodizität bei der Mehrjahresplanung als dem Szenariorahmen ist gerechtfertigt, weshalb der Absatz diesbezüglich offener zu formulieren ist (*Leitfragen 7 und 8*).

Abs. 3: Der Inhalt der Mehrjahrespläne soll in Absatz 2 abschliessend aufgeführt sein. Das TK 11 lehnt es ab, dass die Netzbetreiber auf Verordnungsstufe verpflichtet werden, weitere Angaben in die Mehrjahrespläne aufzunehmen, so wie dies im erläuternden Bericht gestützt auf die EU-Richtlinie 2009/72/EG in Aussicht gestellt wird. Ein solcher Inhalt der Mehrjahrespläne korrespondiert nicht mit dem im Sachplanverfahren vorgesehenen Planungsprozess und verursacht neben erheblichen Koordinationsarbeiten einen sehr hohen administrativen Aufwand ohne erkennbaren Nutzen.

Abs. 4: Weil die Erstellung und Überarbeitung der Mehrjahrespläne Sache der einzelnen Netzbetreiber ist, sollen auch diese in der Pflicht stehen, die von ihnen erstellten Mehrjahrespläne in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Nur so können zusätzlicher Koordinationsaufwand und eine Allokierung von Kosten, die aufgrund von Planungen tieferer Netzebenen entstehen und daher auch durch diese zu tragen sind, beim Übertragungsnetz vermieden werden.

13. Antrag: Änderung von Art. 9c

¹ Die Netzbetreiber legen die Einspeisepunkte für neue Produktionsanlagen auf der Basis von ~~gesicherten~~ **öffentlich zugänglichen** Planungsdaten zur zukünftigen Entwicklung von Produktion und Verbrauch fest.

² In der Regel ist derjenige Punkt auf dem bestehenden oder zukünftigen Netz als Einspeisepunkt festzulegen, welcher den technisch und wirtschaftlich günstigsten Anschluss ermöglicht, **unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten, der am Netzanschlusspunkt herrschenden Netzverhältnisse, der Bedürfnisse des Netzanschlussnehmers, der Kosten eines durch den Netzanschluss bedingten Netz Ausbaus sowie dem Ziel einer wirtschaftlichen Auslastung der Netzinfrastruktur.**

Begründung:

Abs. 1: Die Netzbetreiber können keine Gewähr für die Qualität der Daten übernehmen, auf deren Basis sie die Einspeisepunkte für neue Produktionsanlagen festlegen, insbesondere auch deshalb nicht, weil dafür gemäss erläuterndem Bericht auch Daten für künftigen Verbrauch herangezogen werden sollen. Die Planungen müssen sich daher allein auf Daten stützen, die ohne grossen Aufwand und öffentlich zugänglich sind.

Abs. 2: Die vorgenommene Ergänzung entspricht den aktuell geltenden DC-CH 2014 (Ziff. 3.3.3.1 / 2) und stellt klar, dass für die Festlegung eines Netzanschlusspunktes und der damit verbundenen Kostentragung allein netzbetriebliche und -technische Überlegungen eine Rolle spielen dürfen.

Abschliessend regt das TK 11 an, Art. 9c als Art. 8a nach Art. 8 (Aufgaben der Netzbetreiber) einzufügen oder auf Verordnungsstufe zu regeln, weil die Festlegung eines Einspeisepunktes im Abschnitt Netzentwicklung (Art. 9a – 9f) sachfremd erscheint und zudem Art. 8 Abs. 1 Bst. b StromVG näher ausführt.

14. Antrag: Änderung von Art. 9d

¹ ~~Jeder~~ **Die** Netzbetreiber **legen** die Grundsätze fest, die er bei der Netzplanung anzuwenden **sind, fest und veröffentlicht diese Grundsätze.**

² Bei der Festlegung der Grundsätze ist namentlich zu berücksichtigen, dass das Netz in der Regel nur dann auszubauen ist, wenn die Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes **während des gesamten Planungshorizontes** nicht durch eine Optimierung oder Verstärkung erreicht werden kann.

³ Die EICom kann Minimalanforderungen festlegen. ~~und Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung gemäss Absatz 1 vorsehen~~

Begründung:

Abs. 1: Die Planungsgrundsätze der Netzbetreiber sind gegenüber der EICom offen zu legen. Ob sie diese einzeln oder gemeinsam, zum Beispiel als Branchendokument, festlegen und der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich machen wollen, kann den Netzbetreibern überlassen werden (Grundsatz der Subsidiarität nach Artikel 3 StromVG). Eine generelle Verpflichtung zur Veröffentlichung geht angesichts des komplexen technischen Charakters der Materie (z.B. n-1-Auslegung) zu weit und kann mit keinem öffentlichen Interesse begründet werden. Das TK 11 beantragt daher die Streichung der entsprechenden Pflicht und einen leicht angepassten Wortlaut von Absatz 1.

Abs. 2: Mit der Ergänzung in Absatz 2 wird klargestellt, dass das NOVA-Prinzip nicht nur kurzfristig, sondern über den gesamten Planungshorizont einer Massnahme gelten soll. Zur langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit soll somit ein Ausbau möglich sein, selbst wenn ein Engpass durch eine Optimierung kurzfristig behoben werden könnte.

Abs. 3: Die Änderung ergibt sich aus der Streichung der Pflicht in Absatz 1.

15. Antrag: Änderung von Art. 9e Abs. 2 - 4

² Die nationale Netzgesellschaft koordiniert die Planung des Übertragungsnetzes und die damit zusammenhängende Bedarfsermittlung mit der Planung der Betreiber der Übertragungsnetze der Nachbarstaaten, mit der Planung der Betreiber der schweizerischen Verteilnetze **der Netzebene 3 mit hoher Spannung und der direkt am Übertragungsnetz angeschlossenen Kraftwerke. Sie zieht die Kantone und weitere Betroffene angemessen mit ein.**

³ Die übrigen Netzbetreiber stellen der nationalen Netzgesellschaft die für die Koordination der Planung erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich **und zeitgerecht** zur Verfügung.

⁴ Sie **Die Netzbetreiber** ziehen die betroffenen Kantone sowie die weiteren Betroffenen angemessen in die Planung mit ein.

Begründung: Die Vorschläge sind mehrheitlich redaktioneller Natur und bewirken keine inhaltliche Änderung der Norm, sondern machen diese leichter lesbar (*Leitfrage 6*). In Absatz 2 ist zu ergänzen, dass die Planung der Betreiberin des Übertragungsnetzes auch diejenige der direkt am Netz angeschlossenen Kraftwerke zu umfassen hat.

16. Antrag: Ergänzung von Art. 9f Abs.1 und Abs. 2 (TK 11 empfiehlt Streichung des gesamten 2. Absatzes, was nach wie vor richtig ist – vgl. Begründung in gelb)

¹ Das BFE informiert die Öffentlichkeit über die wichtigen Aspekte der Netzentwicklung und die Möglichkeiten zur Mitwirkung im Verfahren. **Es zieht die betroffenen Netzbetreiber mit ein.**

~~² Die Kantone informieren die Öffentlichkeit über die wichtigen regionalen Aspekte der Netzentwicklung in ihrem Kantonsgebiet; hierzu kann der Bund mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen abschliessen.~~

Begründung:

Abs. 1: Als Beteiligte und insbesondere Kostenträgerin (Art. 15. Abs. 2 Bst d und Art. 20 Abs. 2 Bst. h StromVG), ist es angebracht, dass die betroffenen Netzbetreiber am Erarbeitungsprozess der öffentlichkeitswirksamen Kommunikation beteiligt werden. Inhalte sowie Umsetzung der Veröffentlichungen sind soweit angemessen gemeinsam zu erarbeiten.

Abs. 2: Die Verankerung einer Informationspflicht der Kantone scheint nicht angemessen und sinnvoll. Einerseits haben die Kantone im Rahmen der ihnen im Energiebereich zustehenden Kompetenz durchaus das Recht und die Möglichkeit, die Öffentlichkeit auch über die sie interessierenden Netzprojekte zu informieren. Bei grösseren Vorhaben, die das Gebiet mehrerer Kantone betreffen, besteht zudem ein grosser Koordinationsbedarf einerseits mit dem Bund, andererseits zwischen den Kantonen. Deren Interessenlage kann durchaus stark divergieren. Die im Rahmen von Sachplan- oder Plangenehmigungsverfahren vorgesehenen und vereinbarten Informationstätigkeiten der Kantone werden dabei nicht tangiert und bleiben auch mit einer Streichung dieses Absatzes bestehen.

17. Antrag: Änderung von Art. 15 Abs. 1, 2 und 3

¹ Als anrechenbare Kosten gelten die Betriebs- und Kapitalkosten eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes. **Sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn.** Die Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Mess- und Steuersysteme beim Endverbraucher gelten stets als anrechenbare Kosten. ~~Sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn.~~

² Als Betriebskosten gelten die Kosten für die mit dem Betrieb der Netze respektive der intelligenten Messsysteme beim Endverbraucher direkt zusammenhängenden Leistungen. Dazu zählen insbesondere:

- a. die Kosten für Systemdienstleistungen;
- b. die Kosten für den Unterhalt der Netze;
- c. ~~die Entgelte an Gemeinwesen und Dritte für die Einräumung von Rechten und Dienstbarkeiten im Zusammenhang mit dem Netzbetrieb;~~
- d. ~~die projektspezifischen Kosten für Informationsmassnahmen der Unternehmen und die von den Netzbetreibern entrichteten Gebühren nach Artikel 3^{bis} Absatz 2 des Elektrizitätsgesetzes.~~

³ ...~~Dazu~~ **Zu den Kapitalkosten** zählen insbesondere auch die Kosten von Vorsorge-, Schutz-, Wiederherstellungs- und Ersatzmassnahmen aufgrund der Umweltschutzgesetzgebung einschliesslich der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung und die Kosten **für anwendungsorientierte Forschung, Entwicklung und Demonstration sowie weitere innovative Massnahmen für ein effizientes, sicheres und umweltfreundliches Netz** ~~von innovativen Massnahmen für intelligente Netze~~. Als Kapitalkosten anrechenbar sind **insbesondere** höchstens:

- a. die kalkulatorischen Abschreibungen;
- b. die kalkulatorischen Zinsen ~~auf den~~ für den Betrieb der Netze notwendigen Vermögenswerten.
- c. **die Entgelte an Gemeinwesen und Dritte für die Einräumung von Rechten und Dienstbarkeiten im Zusammenhang mit dem Netzbetrieb;**
- d. **die projektspezifischen Kosten für Informationsmassnahmen der Unternehmen.** ~~und die von den Netzbetreibern entrichteten Gebühren nach Artikel 3bis Absatz 2 des Elektrizitätsgesetzes¹⁴.~~

Begründung:

Abs. 1: Die Änderung ist rein formeller Natur.

Abs. 2 und 3:

Nach Ansicht von Vertretern der Netzbetreiber sind die Kosten gemäss Bst. c und d zu aktivieren, weshalb beantragt wird, diese in Abs. 3 zu verschieben. Die Streichung des zweiten Teils von Bst. d ergibt sich aus der Streichung von Art. 3^{bis} Abs. 2 EleG.

Vertreter der Netzbetreiber hatten bereits früher die Verwendung eines Budgets von bis zu drei Prozent der Einnahmen aus Netznutzungsentgelten für Forschung und Entwicklung angeregt. Dies liesse sich auf Stufe Verordnung – bspw. mit einem Zielwert von mindestens 1% der Tarifeinnahmen – festhalten. Damit würde die Schweiz hinsichtlich Forschung, Entwicklung und Demonstration mit den Empfehlungen des Verbands europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) gleichziehen. Die Forschung hat im Rahmen definierter und mit dem Bund abgestimmten Schwerpunkten sowie auf Basis von klaren Forschungs- und Entwicklungszielen zu erfolgen. Diesbezüglich ist der Begriff „intelligentes Netz“ in Art. 15 auslegungsbedürftig bzw. zu eng gefasst. Das TK 11 beantragt deshalb eine offenere Formulierung.

18. Antrag: Änderung von Art. 20 Abs. 1

¹ Die **nationale** Netzgesellschaft sorgt dauernd für einen diskriminierungsfreien, zuverlässigen und leistungsfähigen Betrieb des Übertragungsnetzes als wesentliche Grundlage für die sichere Versorgung der Schweiz. Sie legt die grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten in Koordination mit den Netzbetreibern der Nachbarländer fest.

Begründung:

Die Änderung von Absatz 1 ist rein formeller Natur.

19. Antrag: Änderung von Art. 22 Abs. 2bis

^{2bis} Die EICom prüft die von den Netzbetreibern **nach Artikel 9b** vorgelegten Mehrjahrespläne **innerhalb einer Frist von neun Monaten nach Einreichung**; ~~sie teilt dieses das Ergebnis der Prüfung in schriftlich mit~~

Begründung:

In Artikel 22 StromVG werden die Aufgaben der EICom aufgelistet, zu denen neu auch die Prüfung der Mehrjahrespläne gehören soll. Dass das Ergebnis der Prüfung, die in Artikel 9a Absatz 2^{bis} näher umschrieben wird, den betroffenen Netzbetreibern mitzuteilen ist, stellt eine Selbstverständ-

lichkeit dar. In welcher Form die Mitteilung zu erfolgen hat, kann auf Verordnungsstufe geregelt werden und gehört nicht ins Gesetz.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Comité Electrotechnique Suisse



Alfred Furrer
TK 11 Sekretär

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	8
Geodaten	8

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. schriftliche Stellungnahme Ziff. 1.2

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Aus Gründen der Abstimmung mit den internationalen Netzbetreibern ist die Periodizität auf Verordnungsstufe festzulegen

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: s. Antwort zu Frage 3

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Ziff. 1.1

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ja, vgl. allerdings Vorbehalte/Anträge unter Ziff. 2 / Antrag 13

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Frage bezieht sich nicht auf Art. 9e Abs. 2 StromVG (vgl. Antrag 15)

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme, Anträge 12 und 18

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme, Anträge 12 und 18

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme, Anträge 12 und 18

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Ziff. 1.1

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Ziff. 1.1.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Antrag 2

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Antrag 3

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Antrag 3

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Ziff. 1.1.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Antrag 17

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Antrag 16

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Stellungnahme Antrag 10